

Übersichten

Außenpolitik

* (1)

XIV. Parteitag: Nichts Neues in der Außenpolitik

In dem Bericht auf dem XIV. Parteitag der KPCh, den Parteichef Jiang Zemin am 12. Oktober 1992 verlas und der aus insgesamt vier Teilen bestand (Zusammenfassung der 14jährigen Praxis seit 1978, Aufgaben in den 90er Jahren, Außenpolitik, Parteaufbau), nahm die "internationale Lage" nur einen kleinen Teil - genauer gesagt ein 15tel des Gesamttextes ein.

Dies war gleichwohl ausführlich genug; denn es kam lediglich Altbekanntes zur Sprache. Die Hauptpunkte:

- Die heutige Welt befindet sich in einer Periode großer Umwälzungen und bewegt sich von der Bipolarität zur Multipolarität; nach wie vor ist sie voller Widersprüche (ethnische, territoriale und religiöse Streitigkeiten, wirtschaftlicher Konkurrenzkampf, Vergrößerung des Abstands zwischen Nord und Süd).

- Frieden und Entwicklung bleiben die zwei Hauptaufgaben der Gegenwart. "Entwicklung braucht Frieden und der Friede wiederum kann von der Entwicklung nicht abgetrennt werden." Hegemonismus und Machtpolitik seien die Haupthindernisse für die Lösung der beiden Fragen.

- China betreibt weiterhin eine unabhängige Außenpolitik. Grundlegendes Ziel der VRCh sei es, die Unabhängigkeit und Souveränität des eigenen Staates zu wahren und den Frieden und die Entwicklung in der Welt zu fördern. China wolle sich auch künftig mit keinem Land und mit keinem Staatenblock, vor allem mit keinem Militärblock verbünden. Es strebe nie nach Hegemonie und betreibe keine Expan-

sion, es kämpfe gegen Hegemonismus, Machtpolitik, Aggression und Expansion, trete gegen das Wettrüsten ein und befürworte eine ausgewogene Abrüstung.

- Hauptprinzipien der Außenpolitik Chinas seien die Fünf Grundsätze der friedlichen Koexistenz.

- Als Entwicklungsland will China auch in Zukunft die Solidarität und Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt aufrechterhalten - und verstärken. Die Volksrepublik sei bereits Beobachter in der Bewegung der Blockfreien und habe enge Beziehungen mit der Gruppe 77 aufgenommen. Sie werde niemandem ihre Gesellschaftsordnung oder Ideologie aufzwingen.

- Weiterhin solle die Politik der Öffnung nach außen praktiziert werden.

- Auch die KPCh wolle damit fortfahren, zu politischen Parteien in aller Welt Verbindungen verschiedenster Art aufzunehmen.

- Was die Menschenrechte anbelangt, so habe China mit seiner sozialen Revolution das Leben des Volkes verbessert und damit vor allem die sozialen Grundrechte weiterentwickelt. Überdies sei die Volksrepublik mehreren internationalen Konventionen über die Menschenrechte beigetreten. Sie wehre sich aber dagegen, daß sich andere Länder "unter dem Vorwand der Wahrung der Menschenrechte in ihre inneren Angelegenheiten mische".

Die außenpolitischen Ausführungen enden mit einem typisch konfuzianischen Satz: "Eine gerechte Sache genießt breite Unterstützung, eine ungerichte Sache nur geringe, und die gerechten Kräfte sind schließlich unbezwingbar." (RMRB, 12.10.92)

Es ist der VR China zugute zu halten, daß sie Grundsätze dieser Art nicht nur beschwört, sondern bemerkens-

werterweise gerade seit den Ereignissen vom 4. Juni 1989 besonders nachdrücklich in die Praxis umzusetzen sucht. Man kann hier geradezu von einer "konstruktiven Außenpolitik als Bußeleistung" sprechen. (Ausführlich zu diesem Thema C.a., Februar 1992, S.87-112 mit Einzelheiten der Außenpolitik Beijings gegenüber den USA, der GUS, Westeuropa, Asien und der Dritten Welt) -we-

* (2)

Der japanische Kaiser zu Besuch in China

Zum ersten Mal in der chinesischen Geschichte hat ein japanischer Kaiser chinesischen Boden betreten, und zwar anlässlich eines dreitägigen Besuchs Akihitos vom 27. bis 29. Oktober 1992.

Kaum ein anderer Besuch war bisher so sorgfältig vorbereitet und keine Erklärung so vorsichtig "abgeklopft" worden wie die Hauptrede Akihitos, die zwar keine Entschuldigung für die Kriegsverbrechen der Truppen des Tenno in den Jahren 1937 ff, wohl aber den Ausdruck "tiefen Bedauerns" enthielt. Ausführlich dazu das Thema im vorliegenden Heft. -we-

* (3)

20 Jahre diplomatische Beziehungen zu Japan

Am 29. September 1972 war es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und Tokyo gekommen. Aus chinesischer Sicht lassen sich die letzten 20 Jahre in vier Etappen einteilen:

Die erste Etappe umfaßt den Zeitraum 1972-77, in deren Verlauf sich beide Seiten aneinander herantasteten. Die Veröffentlichung der "Gemeinsamen Erklärung" vom September 1972 gab hierfür die Grundlage.

Etappe II: Sie dauerte von 1978 bis 1982 und begann mit dem Abschluß des Vertrags über Frieden und Freundschaft vom 12. August 1978 - einem "historischen Wendepunkt", wie es heute heißt.

Etappe III: Es folgte der Zeitraum 1982-89, der im Zeichen der Freundschaft und Zusammenarbeit, aber auch der Widersprüche und Reibereien

stand. Damals unterzeichneten die Regierungen eine Reihe von Abkommen und einigten sich vor allem auf die Prinzipien zur Vertiefung der beiderseitigen Beziehungen, die unter den Stichworten "Friede und Freundschaft, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen, langfristige Stabilität und gegenseitiges Vertrauen" standen. Vor allem der damalige Parteichef Hu Yaobang leistete hierzu wesentliche Beiträge.

Etappe IV (90er Jahre): Mit dem Ende des kalten Kriegs nahmen auch die sino-japanischen Beziehungen eine neue Qualität an. Die Politik Japans gegenüber China sei von jetzt an durch folgende Merkmale bestimmt gewesen: (1) Wirtschaft als Grundlage für die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen, (2) Höherstufung Chinas in der japanischen Außenpolitik: Noch Mitte der 70er Jahre hatte Japan seine Beziehungen zur VR China weit hinter denen zur Sowjetunion eingestuft; heute rangierten sie gleichauf mit den Beziehungen Japans zu den USA und zu den ASEAN-Ländern. (3) Die Verbindungen zu China gelten in Japan zwischenzeitlich als Bestandteil der "umfassenden Sicherheitsstrategie" Tokyos. (4) Der "amerikanische Faktor" wird in den japanischen Überlegungen immer mehr relativiert, wobei gleichzeitig die Bedeutung Chinas zunimmt. Die Beziehungen zu den USA und zu China sind für Tokyo inzwischen etwa gleich wichtig und werden als "zwei große Räder" bezeichnet, von denen keines entbehrllich sei. Japan war auch der erste Industriestaat, der die nach dem 4.Juni 1989 verhängten Sanktionen gegen China wieder aufhob. In der Zwischenzeit betrachtet Japan die VR China als einen wichtigen Resonanzboden für seine eigene Außenpolitik und will mit Hilfe Chinas bei der Gründung einer neuen Weltordnung eine günstige Position erlangen. Japan fühlt sich angesichts der US-amerikanischen Abwehrmaßnahmen im Wirtschaftsbereich und angesichts der Integration Europas von seinen bisherigen Verbündeten etwas alleingelassen und besinnt sich verstärkt auf seine asiatische Rolle. Zwar hält es an seinen tripolaren Bestrebungen (USA, Japan, Europa) als den "drei Pfeilern" weiterhin fest, ist sich zugleich aber immer mehr der Wichtigkeit seiner Beziehungen zu China bewußt geworden, zumal China ja auch in der UNO eine ausschlaggebende Rolle spielt. (BRu 1992, Nr.41, S.22 ff.) -we-

*(4)
China ist endlich das "lästige Nordkorea losgeworden" und konsolidiert seine Beziehungen zu Südkorea

Am 24.August 1992 nahmen China und Südkorea diplomatische Beziehungen auf und beendeten damit eine jahrzehntelange Feindschaft, die bis auf den Koreakrieg zurückging, an dem sich die VR China auf nordkoreanischer Seite beteiligt hatte. (Näheres zur Aufnahme in: C.a., August 1992, Ü 7)

Wenige Wochen später kam Südkoreas Präsident, Roh Tae Woo, vom 27. bis 30.September 1992 zu einem von beiden Seiten als "historisch" eingestuften Besuch nach China. Bei seinen Reden wurde immer wieder deutlich, daß das gemeinsame wirtschaftliche Interesse ganz wesentlich zu der Annäherung beigetragen hatte. Roh wies darauf hin, daß das bilaterale Handelsvolumen im Zeitraum 1988/91 von 3 Mrd.US\$ auf 5,8 Mrd. gestiegen sei, und daß es bis Ende 1992 wahrscheinlich bereits die 10 Mrd.US\$-Grenze erreichen werde. Zudem sei es zu einem "dramatischen Anstieg südkoreanischer Investitionen" in China gekommen. (Näheres dazu C.a., September 1992, Ü 2)

Am Rande der Visite Rohs wurden auch Regierungsabkommen über Handel, über Investitionsschutz und über die Errichtung einer Gemeinsamen Kommission für wissenschaftliche und technologische Kooperation geschlossen. (XNA in SWB, 1.10.92) Dieses Vertragswerk wurde u.a. auch in dem Gemeinsamen Kommuniqué vom 30.September besonders hervorgehoben - ebenso übrigens wie die "Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel". Auf diesen Punkt hatte die südkoreanische Seite besonderen Wert gelegt, da sie den Verdacht hegt, Nordkorea betreibe atomare Aufrüstung.

Nachträglich wurde bekannt, daß es die VR China größte Mühe gekostet hat, Pyongyang von seinem neuen Kurs zu "überzeugen". Die japanische Tageszeitung *Yomiuri Shimbun* berichtete am 29.September (SWB, 1.10.92), daß China den Nordkoreanern auch ihren Plan ausgedrückt habe, weiter auf der Gründung einer "Demokratischen Föderierten Republik Koryo" zu bestehen. China wolle sich in der Koreafrage fortan neutral verhalten und Beziehungen zu beiden koreanischen Staaten pflegen.

Jahrzehntelang hatte China die nordkoreanische Politik der Wiedervereinigung innerhalb eines "konföderalen Systems" unterstützt, wie u.a. auch noch Staatspräsident Yang Shangkun bei einem Besuch in Pyongyang im April 1992 betont hatte. (XNA in SWB, 15.4.92)

Seitdem hat sich in Beijing allerdings einiges geändert: Vor allem die wirtschaftlich katastrophale Situation in Nordkorea einerseits und die immer wichtiger werdende wirtschaftliche Rolle Südkoreas andererseits waren offensichtlich Hauptdeterminanten dafür, daß Beijing nun zu einer "neutralen Rolle" übergegangen ist.

Zumindest nach außen hin aber applaudiert Beijing auch jetzt noch jedem "Fortschritt in den innerkoreanischen Beziehungen", so z.B. erneut im Zusammenhang mit dem Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten von Nordkorea in Seoul am 25.Juli 1992. Man habe durchaus Verständnis für die "Sehnsucht nach Wiedervereinigung", will sich im übrigen aber zurückhalten.

Die Hongkonger Zeitschrift *Dangdai* brachte in ihrer Ausgabe vom 15.September 1992 auf Seite 44 f einen "Insiderbericht über das Abrücken Chinas von Nordkorea", der weitere Gründe für den Kurswechsel offenlegt.

Während einer Tagung der Gruppe für Auswärtige Angelegenheiten beim ZK, die von Li Peng geleitet wurde, habe Außenminister Qian Qichen vorgeschlagen, möglichst schnell diplomatische Beziehungen mit Südkorea aufzunehmen, weil damit gleich "vier Fliegen auf einen Streich geschlagen" werden könnten, nämlich (1) die weitere Isolierung Taiwans, (2) die Verstärkung des wirtschaftlichen Austausches mit Südkorea, (3) die Schwächung des Zugriffs der USA auf China via Südkorea und (4) die Beendigung der endlosen Belästigung Chinas durch Nordkorea.

Der zuletztgenannte Grund habe hierbei sogar die wichtigste Rolle gespielt: Immer schon habe die KPCh ihr Verhältnis zu dem schwierigen Nachbarn Nordkorea lockern wollen, doch sei ihr dies leider nie so richtig gelungen. Deshalb auch habe Beijing seine Beziehungen zu Südkorea stets nur in aller Heimlichkeit entwickeln können, und gleichzeitig habe es immer wieder versucht, "Nordkorea loszuwerden",

indem es sich der Methode des "Wegstoßens durch Schmeicheleien" bediente. Folgende Methoden seien im einzelnen angewandt worden: Erstens die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe mit dem Versuch, die Quantität dieser Hilfe von Mal zu Mal herunterzustufen. Diese Methode sei schon deshalb ratlos gewesen, weil der sog. "Austausch" von Gütern zwischen beiden Seiten in Wirklichkeit immer nur eine Einbahnstraße gewesen sei: China habe immer nur geliefert, dafür aber nur wertlose Gegenleistungen erhalten. Auch im Zuge der Dreieckszusammenarbeit zwischen China, der alten UdSSR und Nordkorea sei China stets der Verlierer gewesen, da es Maschinen, Bauholz und Schwerindustriematerialien aus der Sowjetunion übernommen und sie oft direkt an Nordkorea weitergeliefert habe. Nordkorea war die Chinesen also m.a.W. sehr teuer zu stehen gekommen! Zweitens sei China stets bei seiner Linie geblieben, den "Vorsitzenden Kim Ilsong" zu preisen, um ihn so bei Laune zu halten. Trotzdem sei der Umgang mit ihm höchst beschwerlich gewesen. Kim Ilsong habe sich z.B. stets geweigert, per Flugzeug nach Beijing zu kommen, und zog statt dessen immer wieder die Anreise per Zug vor. "Was den Leuten am meisten auf die Nerven ging, war, daß jedesmal, wenn er sich anmeldete, auch gleich die Bitte an chinesische Führer erging, ihn am Hauptbahnhof abzuholen. Einmal bat er sogar direkt darum, daß Deng Xiaoping zu diesem Zweck persönlich am Bahnhof erscheine." Dies alles geschah, obwohl er er genau darüber informiert gewesen sei, daß China inzwischen längst sein Empfangsritual verändert hatte. So hatte es sich beispielsweise mittlerweile eingebürgert, daß fremde Gäste nur noch in der Großen Halle des Volkes und nicht etwa am Flughafen oder an anderen Plätzen empfangen werden sollten. Doch Kim habe solche Änderungen einfach mißachtet.

Drittens habe sich die Situation in Nordostasien in jüngster Zeit dramatisch verändert. Vor allem nach dem Zerfall der Sowjetunion bestehe nicht länger die Gefahr, daß Nordkorea ins Lager der UdSSR abdrifte. Aus diesem Grunde habe es sich China leisten können, eine immer härtere Linie gegenüber Pyongyang zu steuern. U.a. habe Yang Shangkun bei seinem Nordkoreabesuch im April 1992 weitere Bitten Kim Ilsongs um die Ausbil-

dung nordkoreanischer Soldaten und um die Gewährung geheimer Kredite abgelehnt.

Unabhängig davon aber betonte Yang Shangkun, daß China weiterhin "mit aller Festigkeit die korrekten Ideen" Kim Ilsongs unterstützen wolle. (XNA in SWB, 15.4.92)

Auch im Anschluß an die Visite Yang Shangkuns kamen noch weitere chinesische Spitzenpolitiker nach Pyongyang, um Überzeugungsarbeit zu leisten, u.a. Yang Baibing, der Generalsekretär des ZK-Militärausschusses und Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung der VBA, also höchster Politikkommissar Chinas. Yang Baibing, ein jüngerer Bruder Yang Shangkuns, traf am 4. Juni 1992 in Pyongyang ein und sprach dort mit dem "Großen Führer" Kim Ilsong. (Radio Pyongyang in SWB, 8.6.92)

Nordkorea sei zwar, heißt es in dem *Dangdai*-Bericht weiter, mit der neuen Politik Chinas extrem unzufrieden, wage aber keine Gegenmaßnahmen zu verhängen, da es sich dann noch stärker isolieren würde. Selbstverständlich werde sich die VRCh weiterhin darum bemühen, den Nordkoreanern die neue Politik verständlich zu machen, doch sei sie nicht mehr länger gewillt, weitere Opfer zugunsten Nordkoreas in Kauf zu nehmen. Der chinesische Geheimdienst habe auch bereits Vorsichtsmaßnahmen gegen eventuelle terroristische Aktivitäten von nordkoreanischer Seite getroffen.

Nachdem China das "lästige" Nordkorea losgeworden ist, schreitet es mit aller Macht zu einer Verdichtung der Beziehungen mit Seoul: Es kommt zu immer engeren wirtschaftlichen Verflechtungen und auch zu volksdiplomatischen Verbindungen. So haben in der Zwischenzeit beispielsweise südkoreanische und Beijinger Universitäten "schwesterliche Beziehungen" aufgenommen. (Yonhap in SWB, 2.10.92)

Die Tore stehen also weit offen. Trotzdem kommt es auch jetzt noch zu Verstimmungen: Beijing betrachtet mit Mißtrauen die fortbestehenden Beziehungen zwischen Seoul und Taipei, während umgekehrt Südkorea mit Befremden Bemerkungen des VRCh-Botschafters über den Koreakrieg zur Kenntnis genommen hat. U.a. erklärte der chinesische Botschafter Zhang

Tingyan am 16. Oktober, daß China selbst ein Opfer des Koreakriegs gewesen sei, und daß es keine Absicht habe, sich für die Teilnahme am Koreakrieg zu entschuldigen. Auch weigerte sich der Botschafter, einzuräumen, daß der Koreakrieg von Nordkorea ausgelöst wurde. Darüber hinaus gebrauchte Zhang einige Ausdrücke aus dem nordkoreanischen Wortschatz, die in der koreanischen Öffentlichkeit Empörung ausgelöst haben, so z.B. den Ausdruck "Choson-Halbinsel". (Yonhap in SWB, 17.10.92) Anschließend sah er sich genötigt, sich für Mißgriffe dieser Art zu entschuldigen: Er sei erst einen Monat in Südkorea und habe sich noch nicht ganz mit den dortigen Sprachgebräuchen vertraut machen können. -we-

*(5)

Bei den Kontakten zwischen China und Rußland stehen die Ampeln auf Grün

Zwischen der VR China und Rußland haben sich mittlerweile zahlreiche Gesprächskontakte entwickelt.

So fanden beispielsweise am 24. Oktober 1992 Grenzgespräche in Beijing statt, und zwar zwischen China einerseits und Rußland, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan andererseits. Die chinesische Delegation stand unter der Leitung des Stellvertretenden Außenministers Tian Zengpei, während die gemeinsame Delegation der vier GUS-Staaten vom russischen Vizeaußenminister Kunadze geführt wurde. Bei den Verhandlungen wurden die Prinzipien über die Lösung der weiteren gemeinsamen Grenzfragen besprochen. Außerdem war man sich darüber einig, daß die Vereinbarungen zwischen der früheren Sowjetunion und China über Grenzziehung auch jetzt noch Gültigkeit haben sollen. Weitere Abgrenzungsvereinbarungen müßten durch Fortsetzung der Gespräche erzielt werden. Beide Seiten betonten, daß die Besprechungen in einer freundlichen und praxisorientierten Atmosphäre stattgefunden hätten. (XNA in SWB, 27.10.92)

Inzwischen ist bekanntgeworden (Meldung der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo), daß Vertreter der nordöstlichen, an Russisch-Sibirien angrenzenden Provinz Heilongjiang gegen Teile der sino-sowjetischen

Grenzabmachungen von 1991 protestiert haben, und zwar anlässlich einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des NVK im Februar 1992. Sie begründeten ihre Bedenken damit, daß die chinesische Seite nachträglich jene expansionistischen Willkürakte gebilligt habe, die vom ehemals zaristischen Regime ausgegangen seien. Angeblich hatte das Außenministerium alle Mühe, die protestierenden Abgeordneten zu beschwichtigen und sie davon zu überzeugen, daß Tatsachen anerkannt werden müßten, über die nun einmal im Laufe der Zeit Gras gewachsen sei. Angeblich standen hinter den Abgeordneten militärische Vertreter des konservativen Lagers, die auch bereits auf einen schärferen Kurs in der Senkaku/Diaoyutai-Frage gedrängt hatten. Ihre Einwände seien Ausdruck des Kampfes zwischen Konservativen und Reformern sowie letztlich auch Manifestation des Widerstands eines Teils des Militärs gegen Deng Xiaopings politischen Gesamtkurs gewesen. (Kyodo in SWB, 13.3.92)

Mit dem Sieg der Deng-Linie beim XIV. Parteitag dürften solche Gegenattacken, sollte es sie denn gegeben haben, wohl für einige Zeit verstummen.

Mitte Oktober besuchte eine erste Delegation der russischen Streitkräfte die VR China, und zwar unter Leitung des Ersten Stellvertretenden Ministers für Verteidigung, Andrej Kokoshin. Mit dem chinesischen Verteidigungsminister Qin Jiwei, der seinerseits bereits Moskau besucht hatte, kam es zu einer Reihe von Kooperationsabsprachen: So soll es beispielsweise zu einem regelmäßigen Austausch zwischen Delegationen beider Militärakademien kommen. Außerdem sollen chinesische Spezialisten am Krasnodar-Militärinstitut ausgebildet und moderne Waffen an China geliefert werden. Vor allem will die GUS China mit 24 SU-27-Abfangjägern beliefern, und zwar im Zeitraum 1992/93. (Radio Moskau in SWB, 20.10.92)

Ferner ist geplant, daß demnächst der Präsident der russischen Föderation, Boris Jelzin, die VR China besuchen soll.

Der russische Präsident ist in China willkommen, obwohl das chinesische Bemühen, einen "chinesischen Jelzin" zu verhindern, eines der Hauptbestreben vor allem der konservativen Ver-

treter der Beijinger Regierung ist. Dies betonte nicht zuletzt der einflußreichste Repräsentant der Beijinger Hardliner-Fraktion, der 87jährige Chen Yun, der gleichzeitig dem lange Zeit in China in Mißkredit geratenen Stalin wieder positive Würdigung angedeihen ließ. Die Ablehnung Jelzins als Konkursverwalter der Sowjetunion ist jedoch das eine, seine Rolle für den Zusammenhalt der GUS das andere: Immer wieder hat Beijing in letzter Zeit seine Sorge über den Zusammenbruch der UdSSR und einiger ihrer Nachfolgestaaten erkennen lassen, und offensichtlich ist sich seine Führung auch bewußt, daß Jelzin einer der wenigen Staatsmänner in Moskau ist, dem es gelingen könnte, wenigstens den verbliebenen Rest zu stabilisieren. Allerdings wäre es den Chinesen noch lieber gewesen, wenn der Staatsstreich vom August 1991 gelungen und Boris Jelzin durch konservative Kräfte verdrängt worden wäre. (Näheres dazu C.a., August 1991, S.511 ff.) Nicht ganz zu Unrecht wurden deshalb von chinesischen Dissidenten Parallelen zwischen Tiananmen und dem Coup vom August '91 gezogen. (Ming Bao, Hongkong, 27.8.91; SWB, 2.9.92) Der Unterschied habe lediglich darin bestanden, daß der konservative Rückschlag in China gelungen sei - zumindest zeitweise, nicht dagegen in Rußland.

Mißbilligt wurde in der chinesischen Führung auch die Art und Weise, wie die neue russische Führung mit dem sozialistischen Erbe und vor allem den alten Denkmälern umgeht. Vor allem kommentierte Xinhua mit Empörung einen Plan, das Lenin-Mausoleum in Moskau zu schließen und die sterblichen Überreste nach St.Petersburg, dem früheren Leningrad, zu überführen. Das Volk "mißbilligte mit Entschiedenheit solche Vorhaben", hieß es. (XNA in SWB, 21.9.91)

Trotz alledem: Beijing scheint sich in der Zwischenzeit mit Jelzin abgefunden zu haben.

Rußland arbeitet inzwischen auch an dem "Entwicklungsprogramm für die Erschließung des Tumen-Flusses" mit. Der Tumen ist ein Fluß von rd. 500 km Länge, der auf seinen ersten 400 km die Grenze zwischen dem nordöstlichen Nordkorea und China bildet, und der auf seiner letzten Strecke die Grenze zwischen Russisch-Sibirien

(nahe Wladiwostok) und Nordkorea markiert. Für China ist der Tumen insofern interessant, als er seinen Schiffen Zugang zum Japanischen Meer gewährt.

Dem Tumen-Erschließungsprojekt gehören inzwischen die drei Anliegerstaaten Rußland, China und Nordkorea sowie außerdem Südkorea und die Mongolei an. (XNA in SWB, 19.10.92) Wenn Meldungen der Agentur Kyodo zutreffen, so hat sich Nordkorea längere Zeit geweigert, die Chinesen den Tumen-Fluß mitbenutzen zu lassen - mit der Folge, daß es zu weiteren Verstimmungen zwischen Beijing und Pyongyang kam und daß sich Nordkorea dadurch noch ein weiteres Mal isolierte. (Kyodo in SWB, 3.10.92)

Das neue Erschließungsabkommen vom 11. Oktober 1992 scheint solche "Mißverständnisse" in der Zwischenzeit jedoch ausgeräumt zu haben. (XNA in SWB, 19.10.92) Vor allem die positive Haltung Rußlands hat offensichtlich zu der schnellen Einigung geführt.

Das Tumen-Projekt könnte der Anfang zu einer intensiven wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Korea, Rußland und China in diesem Teilgebiet sein. Auch UNDP und die Asian Development Bank beginnen sich aus diesem Grund für das Projekt immer stärker zu interessieren.

Mit viel Beifall hat Beijing auch die Vollzugsmeldung des russischen Außenministeriums zur Kenntnis genommen, derzufolge am 27. September 1992 der versprochene Abzug der russischen Truppen aus der Mongolei beendet worden sei. (Radio Moskau in SWB, 3.10.92)

Mit anderen elf Ländern der GUS hat China inzwischen bereits diplomatische Beziehungen aufgenommen, u.a. auch mit Weißrußland (20.1.1992) und mit der Ukraine.

Andere wichtige Besucher aus Ländern der ehemaligen UdSSR waren der kasachische Premierminister Tere Schenko Ende Februar 1992 (dazu XNA, 25., 26. und 29.2.92) und der kirgisische Präsident Askar Akayew (vom 12. bis 16. Mai 1992). Beide Staaten sind nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, weil sie mit China gemeinsame Grenzen haben. Mit Kasachstan teilt sich die Volksrepublik sogar 1.700 km.

Die Grenze ist hier insofern brisant, als sie mitten durch kasachisches Siedlungsgebiet verläuft und die kasachische Bevölkerung jahrzehntelang auseinandergerissen hat. China hat sich offensichtlich entschlossen, die neuen zentralasiatischen Nachbarn mit Glacéhandschuhen anzufassen und großzügig zu sein. Beim Besuch des kasachischen Ministerpräsidenten kam es deshalb zur Unterzeichnung von gleich acht Dokumenten, nämlich (1) über gemeinsame Luftfahrt, (2) über die Öffnung von Grenzposten, (3) über den Automobilverkehr zwischen beiden Seiten, (4) über Eisenbahnverbindungen, (5) über den kleinen Grenzverkehr zwischen beiden Seiten, (6) über Kredite Chinas an Kasachstan, (7) über die Errichtung eines Komitees zur wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Kooperation und (8) über die Eröffnung chinesischer Betriebe in Kasachstan. (XNA, 27.2.92) Beide wollen auch gemeinsam gegen Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Drogenhandel und Schmuggel vorgehen. (XNA, 29.2.92)

Schwierigkeiten mit den Nachfolgestaaten der UdSSR hat es eigentlich nur im baltischen Kontext gegeben, nachdem dort Lettland und Litauen offizielle Beziehungen zu Taiwan aufgenommen hatten. Am 25. Februar 1992 zog die VR China ihren Botschafter "vorläufig" aus Lettland zurück, nachdem Riga der Republik China die Eröffnung eines "Generalkonsulats" gestattet hatte.

Verärgerung könnte es auch wegen der für Beijinger Empfindungen allzu engen Zusammenarbeit Rußlands mit Taiwan geben. Das Außenministerium der Republik China gab am 6. Oktober bekannt, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Seiten keineswegs nur auf "inoffizieller Ebene" bewegen sollten. Obwohl Taibei mit Moskau keine diplomatischen Beziehungen unterhalte, sei das Vertretungsbüro Taibeis in Moskau befugt, Visa auszustellen und andere konsularische Angelegenheiten wahrzunehmen. (CNA Taibei in SWB, 10.10.92)

Bereits am 28. März hatte Taibei eine dem Exekutiv Yuan unterstehende Arbeitsgruppe gebildet, die sich ausschließlich mit Fragen der Beziehungen zur GUS beschäftigen sollte. Es komme darauf an, eine Niederlassung der Außenhandelsvereinigung in Mos-

kau zu gründen, die Unterzeichnung eines Fischereiabkommens zwischen der Republik China und der GUS zu erreichen sowie die wirtschaftlichen Handelsbeziehungen auszudehnen. Hauptaufgabe der Arbeitsgruppe sei die Koordinierung der Tätigkeit verschiedener Wirtschaftseinheiten bei der Entwicklung der Beziehungen zur UdSSR. Auch spekulierte man eine Zeitlang möglicherweise damit, daß die GUS vielleicht sogar offizielle Beziehungen zu Taibei aufnehmen könnte - eine Hoffnung, die inzwischen allerdings gescheitert ist. -we-

*(6)

China und Südafrika: Eine schwierige Begegnung

Jahrzehntelang hatte China seine liebe Not mit den "vier problematischen Freunden der USA", nämlich Südkorea, Israel, Taiwan und Südafrika.

Mit den beiden ersteren wurden die Hauptprobleme soweit bereinigt, daß inzwischen sogar diplomatische Beziehungen aufgenommen werden konnten. Mit Taiwan gibt es die bekannten Wiedervereinigungsprobleme, die sich noch lange hinziehen dürften.

Verbleibt als einziges wichtiges Land, das auch wirtschaftlich und strategisch höchst interessant ist, die Republik Südafrika. Wenn es nach den Chinesen ginge, so würden sie wahrscheinlich lieber heute als morgen die Beziehungen zu Pretoria normalisieren; doch haben sie bei ihren diplomatischen Aktionen Rücksicht auf den ANC, vor allem aber auch auf die afrikanischen Nachbarländer zu nehmen. Grünes Licht muß letztlich vom ANC kommen. Auf den ANC in dieser Hinsicht einzuwirken, muß eine der Hauptaufgaben chinesischer Afrikapolitik in den nächsten Jahren sein.

Unter diesen Umständen kam es 1992 zu zwei wichtigen Kontakten zwischen Beijing und Vertretern Südafrikas:

Da gab es zunächst einmal erste Regierungskontakte: Während seiner 14tägigen Afrikatour im Januar 1992 beispielsweise legte Qian Qichen einen kurzen Zwischenaufenthalt auf dem Johannesburg Flughafen ein, wo er nicht nur mit Repräsentanten des ANC und des PAC, sondern auch mit seinem südafrikanischen Amtskollegen

Pik Botha zusammentraf, der zu Ehren Qians ein Mittagessen auf dem Flughafen gab und der, wie er bekanntgab, auch seinerseits schon im Oktober 1991 "konstruktive Gespräche" in Beijing geführt habe.

Zwei Tage nach Qians Aufenthalt in Johannesburg hatte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärt, daß China bereit sei, seine Beziehungen mit Südafrika auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufzunehmen, sobald das Apartheidsystem erst einmal abgeschafft sei. (XNA in SWB, 3.2.92; C.a., Februar 1992, Ü 5)

Die Kontakte zwischen Beijing und Pretoria waren möglich geworden, nachdem im Februar 1990 das Verbot der afrikanischen Oppositionsparteien aufgehoben, u.a. auch Nelson Mandela freigelassen und ein Dialog zwischen Regierung und ANC eingeleitet worden war.

Der zweite wichtige Kontakt fand mit dem Führer des ANC, Nelson Mandela, statt, der vom 4. bis 9. Oktober 1992 zu einem einwöchigen Besuch in die VR China kam und dort sogleich als alter Freund und Vertrauter begrüßt wurde.

Mandela hat den Chinesen in der Tat sehr viel zu verdanken, da sie immer wieder gegen seine Inhaftierung protestiert und auf dessen lange Zeit schon fast vergessenes Schicksal aufmerksam gemacht hatten. Für seine Freilassung hatten sich u.a. Mao Zedong, Zhou Enlai, Liu Shaoqi und Zhu De eingesetzt. Bei seinem Besuch in Beijing betonte Mandela immer wieder, daß die Ideen dieser Politiker und auch die Vorstellungen der heutigen Reformpolitik den ANC nachdrücklich beeinflußt hätten. Seit Jahren bestünden freundschaftliche Beziehungen zwischen der KPCh und dem ANC. (Daneben hat es übrigens auch Beziehungen zwischen der KPCh und der KP Südafrikas gegeben. Eine Delegation der letztgenannten Partei war beispielsweise im September 1986 zu einem Besuch in die VR China gekommen.)

Die chinesischen Gesprächspartner betonten ihrem Besucher gegenüber, daß es Ziel der chinesischen Südafrikapolitik sei, den ANC bei der Schaffung eines neuen Südafrika "der Einheit, der Demokratie und der Rassengleichheit" zu unterstützen.

Mandela dankte den Chinesen mehrere Male auch für ihre Unterstützung im Kampf gegen die Apartheid, erwähnte aber die neueren Schritte Beijings in Richtung auf eine Anbahnung diplomatischer Beziehungen mit Pretoria mit keinem Wort!

Mandela hatte auch Gelegenheit, vor rd. 400 Studenten der Universität Beijing zu sprechen. Die Studenten "kicherten", wie der AWSJ-Korrespondent beobachten konnte (AWSJ, 6.10.92), während der 40minütigen Rede Mandelas zweimal, nämlich zunächst als er China als "Entwicklungsland" bezeichnete und dann erneut, als er auf die "führende Rolle der chinesischen Studenten in den vergangenen Kämpfen für sozialen Wandel" hinwies. Allerdings hütete sich Mandela davor, die Ereignisse vom 4.6.1989 direkt anzusprechen.

Von der Universität Beijing erhielt er ferner die Ehrendoktorwürde. (XNA, 6.10.92)

Am Nachmittag des 5. Oktobers ließ sich Mandela im Gästehaus Diaoyutai vom derzeit bekanntesten chinesischen Maler, Yuan Xikun, portraituren. (XNA, 6.10.92)

Chinas Bemühungen um eine Annäherung an Südafrika waren durch blutige Konflikte zwischen verschiedenen südafrikanischen Parteien gebremst worden, die, wie es in Beijing hieß, angeblich auch von der Regierung mitangeheizt worden seien. U.a. hatte der ANC am 16. Juni 1992 eine Großdemonstration organisiert, um den Machtübergang von der Regierung der weißen Minderheit in die Hand der schwarzen Mehrheit zu beschleunigen. Im Zusammenhang mit diesen Demonstrationen kam es am 17. Juni zum weltweit bekanntgewordenen Massaker in der schwarzen Ortschaft Boipatong nahe Johannesburg, bei dem mindestens 40 Menschen getötet wurden. Der ANC beschuldigte u.a. Pretoria für dieses Verbrechen und brach daraufhin die Verhandlungen mit der Regierung ab.

Schon am 26. September allerdings trafen sich Mandela und Ministerpräsident de Klerk erneut zu Verhandlungen, bei denen vereinbart wurde, die Verfassungsgespräche wiederaufzunehmen, und zwar mit dem Ziel, ein demokratisches Südafrika ohne Rassendiskriminierung zu schaffen.

Die meisten Parteien Südafrikas begrüßten das Ergebnis des Treffens. Nur drei Homeland-Führer schlossen sich nicht an, nämlich Buthelezi, Vorsitzender der Freiheitspartei Inkatha, Mangope, der Ministerpräsident des Homelands Kwazulu, und Gaozo, der Oberbefehlshaber des Homelands Ciskei Bria.

Trotz dieser Zwistigkeiten beurteilt Beijing in der Zwischenzeit die weiteren Entwicklungen als positiv. Es sagte seinem Gast Mandela zu, den "demokratischen Prozeß in Südafrika" mit allen Kräften weiterhin zu unterstützen. (XNA, 7.10.92)

Mandela traf mit Jiang Zemin, Li Peng und Yang Shangkun zusammen (XNA, 5. und 7.10.92) und besuchte im weiteren Verlauf seiner Visite auch noch Hangzhou und Shanghai.

Aus der Sicht Beijings ist der tiefgreifende soziale Wandel in Südafrika nicht mehr aufzuhalten. Seit Gründung der "Union Südafrika" i.J. 1910 sei die weiße Vorherrschaft und die rassistische Trennung der verschiedenen ethnischen Gruppen der Stützpfeiler des dortigen politischen Systems gewesen. Auch der wirtschaftliche Reichtum des Landes sei fast ausschließlich den Weißen zugute gekommen, während die Afrikaner als billige Arbeitskräfte benutzt worden seien. Das Machtmonopol der Weißen sei im "South Africa Act of 1909" festgeschrieben worden, während den "Farbigen", darunter nicht nur Afrikanern, sondern auch Indern und anderen Abkömmlingen verschiedener Rassen, jede Beteiligung an den Regierungsgeschäften untersagt worden sei. Durch das Bodengesetz von 1913 und 1936 sei die Enteignung von afrikanischem Boden für die weißen Siedler legalisiert und nur noch 7% des Landes für "Eingeborenenreservate" übriggelassen worden; 1936 sei dieses Territorium nur unwesentlich auf rd. 13% des Landes ausgeweitet worden. Damit habe die Masse der afrikanischen Bevölkerung ihren Boden und damit die Grundlage ihres Lebensunterhalts verloren.

Ferner hätten verschiedene "Arbeitsgesetze" den ständigen Zufluß billiger "schwarzer Arbeitskraft" gesichert, und nicht zuletzt habe das "Apartheidgesetz" die afrikanische Bevölkerung auf bestimmte "Reservate" beschränkt und ihr vor allem den Zutritt in Wohn- und

Lebensgebiete der Weißen verboten. 1949 sei ein Verbot gemischtrassiger Ehen und 1952 ein Gesetz erlassen worden, das alle Afrikaner ab dem 16. Lebensjahr verpflichtete, jederzeit einen Ausweis bei sich zu tragen und auf Verlangen der Polizei vorzuzeigen. Dieses Gesetz habe die Grundlage für die Kriminalisierung Zehntausender von Afrikanern geschaffen, die einfach nicht daran dachten, den Ausweis immer bei sich zu tragen.

1951 sei der "Bantu Authority Act" verabschiedet worden, dem 1959 der "Bantu Selfgovernment Act" folgte. Mit diesen Gesetzen seien die einheimischen Afrikaner auf zehn "Bantu-Gebiete" oder "Homelands" aufgeteilt worden, die, wie bereits erwähnt, rd. 13% der Fläche von Südafrika ausmachten. Jeder Afrikaner sei ohne Rücksicht auf seine wirkliche Heimat und Herkunft einem dieser Homelands zugewiesen worden, je nach seiner Stammeszugehörigkeit. Damit seien die Afrikaner in den "weißen Gebieten" automatisch zu "Gastarbeitern" ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht und ohne jedes politische Recht geworden.

Das hier kodifizierte Unrecht habe unendliches Leid heraufbeschworen. Bereits Ende der 70er Jahre sei abzusehen gewesen, daß das Apartheidsystem auf die Dauer nicht zu halten sei, und es habe denn auch erste Zugeständnisse von Seiten der Regierung gegeben. So seien 1979 die bisher verbotenen afrikanischen Gewerkschaften erstmals legalisiert, und außerdem seien die Berufsprivilegien der Weißen abgeschafft worden. Auch wurde eine Reihe von Verordnungen aufgehoben, die die Bewegungsfreiheit der Afrikaner bis dahin beschränkt hatten. Letztlich war es dabei aber nicht um Menschenrechtsgesichtspunkte, sondern um Behebung des Facharbeitermangels gegangen.

Mitte der 80er Jahre wurde zuerst das Verbot von Mischehen und schließlich auch noch das Ausweisgesetz aufgehoben.

Mit diesen Zugeständnissen freilich gaben sich die meisten Schwarzafrikaner, vor allem ihre politischen Vertretungen, nicht mehr zufrieden und forderten eine völlige Abschaffung aller Apartheidsregeln.

Unter internationalem und einheimischem Druck trat die Regierung P.W. Botha 1989 zurück, und de Klerk

übernahm das Amt des Ministerpräsidenten mit dem Versprechen, das Apartheidsystem abzuschaffen. Die schwarze Bevölkerung solle gleiche Rechte erhalten wie die weiße. Im Februar 1990 wurden afrikanische Parteien zugelassen und einige ihrer politischen Führer wie Nelson Mandela auf freien Fuß gesetzt.

Der Druck des Auslands erfolgte in vielen Formen, sei es nun, daß die UNO nicht müde wurde, Südafrika anzuklagen, sei es, daß sogar westliche Firmen, u.a. General Motors Corp. und IBM, ihre Investitionen in Südafrika einstellten (so geschehen zwischen 1984 und 1986).

Auch im Inneren nahm der Kampf gegen die Apartheid immer systematischere Formen an, wobei die Gewerkschaften der Schwarzen und vor allem der 1912 gegründete, aber 1960 verbotene ANC die Führung übernahmen.

Mit der "Aussöhnung" zwischen Regierung und ANC konnte der Dialog zwischen beiden Seiten beginnen. Freilich bedeutete die Aufhebung der rassistischen Gesetze noch nicht die Beseitigung des Apartheidsystems. Vor allem bestünden zwischen Schwarz und Weiß in der Wirtschaft, in der Bildung und in dem Lebensstandard nach wie vor enorme Unterschiede. (BRu 1991, Nr.28, S.12-14)

Am 17.März 1992 fand in Südafrika ein Referendum statt, von dem der Fortgang der Verfassungsreform abhing. Bei einer Wahlbeteiligung von 85% stimmten rd. 69% für die Fortsetzung der Reformpolitik der Klerks, auch dies ein Zeichen dafür, daß die Apartheidspolitik keine Grundlage mehr hat. -we-

* (7)

20 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen China und Deutschland

Am 11.Oktober 1972 kam es in Beijing zur Unterzeichnung des Gemeinsamen Kommuniqués über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die von den beiden damaligen Außenministern, Walter Scheel und Ji Pengfei, besiegelt wurde.

Seit dieser Zeit haben sich die beiderseitigen Beziehungen in allen Bereichen entwickelt. *CHINA aktuell* hat

dazu in gewissen Zeitabständen immer wieder zusammenfassende Berichte geliefert.

Die Ereignisse vom 4.Juni 1989 haben zwar zu einem vorübergehenden Einbruch, vor allem in der Stimmungslage, geführt, doch ist es hier inzwischen wieder zu einer Begrüdigung gekommen; vor allem hat sich die Wirtschaft als kontinuierlichstes Antriebsmoment erwiesen. Das bilaterale Handelsvolumen ist von 270 Mio.US\$ i.J. 1972 auf inzwischen mehr als 5 Mrd.US\$ angestiegen. Deutschland ist seit Jahren Chinas Handelspartner Nr.1 in Europa und China umgekehrt Deutschlands größter Handelspartner unter den Entwicklungsländern.

Voraussetzungen für die Ausweitung des beiderseitigen Handels waren mehrere Abkommen sowie - seit 1975 - die Tagungen der Gemischten Kommissionen über den Handels- und Wirtschaftsaustausch. Der Beginn der Reformen in China führte auch zu einem Aufschwung im bilateralen Handelsaustausch - sowie bei den Vertragsabmachungen. Zwischen 1979 und 1985 schlossen beide Seiten vor allem Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, über den Schutz von Investitionen und zur Vermeidung von Doppelbesteuerung.

Vom reinen Handel entwickelten sich die Beziehungen in den 80er Jahren hin zu gemeinsamer Produktion, gemeinsamer Verwaltung von Unternehmen, gemeinsamer Entwicklung neuer Projekte und gemeinsamem Arbeitskräfteinsatz in Drittländern.

Die Wiedervereinigung Deutschlands verstärkte den beiderseitigen Handelsaustausch. 1991 wurde mit einem Handelsvolumen von 5,4 Mrd.US\$ der bisher höchste Wert erzielt. Von den chinesischen EG-Import- und Exporten entfielen 30% allein auf den chinesisch-deutschen Handel.

Die Bundesrepublik ist eines der Länder, von denen China einen Löwenanteil seines Know-how bezieht. In den 70er Jahren importierte China aus der Bundesrepublik ein Walzwerk für das Eisen- und Stahlkombinat Wuhan; in den 80er Jahren wurden u.a. ein Warmwalzwerk für das Eisen- und Stahlkombinat Baoshan bei Shanghai, Anlagen für den Hafen Qinhuangdao (Provinz Hebei) und Bauteile für den

Kommunikationssatelliten "Der Osten ist rot Nr.3" von der Bundesrepublik bezogen. Deutsche Unternehmen bauten auch das Yangliuqing-Kraftwerk bei Tianjin und das Dayang-Hüttenwerk in der Provinz Hubei. Die in den 90er Jahren aus Deutschland bezogenen Technologien und Anlagen machen bisher 14% der gesamten von China in diesem Zeitraum vom Ausland erworbenen Know-how-Projekte aus. Zu diesen Importen gehören u.a. zusätzliche Einrichtungen für das Eisen- und Stahlkombinat Wuhan, Fertigungstechnologien für integrierte Großschaltungen, Förderanlagen für den Kohletagebau und Pkw-Herstellungstechniken. Eingeführt wurde weiterhin Know-how für die Herstellung eines Verbundwerkstoffes, wie er für den Airbus A-320 verwendet wird - um hier nur ein Beispiel zu nennen.

Mit Joint Ventures hat sich Deutschland allerdings bisher nicht besonders hervorgetan; bisher gibt es lediglich 120 chinesisch-deutsche Gemeinschaftsunternehmen, unter denen allerdings das Shanghai VW-Werk eine führende Stellung einnimmt. Derzeit produziert das Werk jährlich 30.000 Personenwagen, wobei die Bauteile bereits zu 60% in China selbst hergestellt werden. Bis 1995 soll sich die Zahl der von VW produzierten Pkws auf 120.000 erhöhen. Im Februar 1991 hat VW in der nordostchinesischen Provinz Jilin die Changchun-Volkswagenwerk AG gegründet, die nach Fertigstellung des dortigen Werks i.J. 1994 jährlich 150.000 Pkws, 270.000 Motoren und 180.000 Getriebe produzieren soll. Im Juli 1992 gründeten zwei Shanghai Schiffswerften und eine deutsche Firma ein Gemeinschaftsunternehmen in Shanghai, das Spezialschiffe für den Transport von Flüssiggas und chemischen Produkten bauen soll.

Für den deutschen Einzelhandel ist die Volksrepublik China nach Italien inzwischen zum zweitwichtigsten Einkaufsland geworden. Wie die Außenhandelsvereinigung des deutschen Einzelhandels berichtet, verfügt die VR China aufgrund ihrer fortgeschrittenen Integration mit Hongkonger Unternehmen bereits jetzt über ein breites attraktives Angebot an Textilien, Lederwaren und Schuhen, an Uhren und an Unterhaltungselektronik. International sei sie inzwischen zum bedeutendsten Spielzeuggelieferanten aufge-

stiegen. Alles in allem hat sich China im Bereich der Konsumgüter schon heute als "Welthandels-Tiger" etablieren können. (So FAZ, 28.10.92)

Die Zusammenarbeit umfaßt aber nicht nur die Wirtschaft, sondern bezieht auch andere Gebiete wie Erziehung und Wissenschaft mit ein.

China hat bislang rd. 10.000 Studenten in die Bundesrepublik zur Fortbildung geschickt. 3.500 sind wieder zurückgekehrt. Aus Deutschland kamen bisher rd. 1.100 Studenten nach China - gegenwärtig sind es etwa 200.

In Zusammenarbeit mit einigen Stiftungen, vor allem mit der Hanns-Seidel-Stiftung, wurde das duale deutsche Berufsausbildungssystem auf China übertragen.

Projekte der Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich bestehen auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Luftfahrttechnologie, des Energiewesens, der Ozeanographie u.dgl., um hier nur einige Beispiele zu nennen. -we-

zen sollte, um den Wirtschaftsaufbau voranzubringen. Zweitens sind sich die Unternehmen ihrer neuen Eigenständigkeit wesentlich bewußt geworden. Drittens befürwortet man einen offenen Markt nach innen und nach außen an Stelle des "alten geschlossenen Einheitsmarktes". Viertens habe das absolute gleichmacherische Denken im Verlaufe der marktwirtschaftlichen Reformen nachgelassen. Die individuelle Initiative werde stärker eingestuft. Viertens "war der alte langsame, ineffiziente Mechanismus ein Gewächshaus für Bürokratie und Formalismus". Im Verlaufe der Reform sind sich die Menschen der Schwächen eines solchen Mechanismus bewußt geworden. Sie haben ein neues Bewußtsein für den Wert der Zeit entwickelt. "Zeit ist Gold" sei eine neue Redewendung in der Bevölkerung. Sechstens ist den Betriebsführungen die große Bedeutung von Wissenschaft und Technologie gegenüber anderen Faktoren des Wirtschaftens bewußt geworden. Alle diese Veränderungen dürften in Zukunft zu weiterer Dynamik führen. (XNA, 31.10.92) -ma-

*(9)

Propagandaarbeit

Im Anschluß an den XIV. Parteitag der KPCh hat die Propagandaabteilung des ZK der Partei die sog. "Meinungen zur Anordnung des Studiums und der Veröffentlichung der Dokumente des XIV. Nationalen Parteitages" herausgegeben. Mit diesem Dokument werden alle örtlichen Ebenen aufgefordert, "unter Leitung der Parteikomitees die Dokumente des XIV. Nationalen Parteitages ernsthaft zu studieren und zu verbreiten". Laut Dokument sei der XIV. Parteitag ein "Treffen von großer geschichtlicher Bedeutung" gewesen. Er werde im Sinne der "Theorie des Genossen Deng Xiaoping zum Aufbau des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten" große Beiträge zur Vertiefung der Reform und zur Öffnung des Landes leisten. Dementsprechend werden die örtlichen Ebenen aufgefordert, den Inhalt der Dokumentation so schnell wie möglich allen Parteimitgliedern, Kadern und der Bevölkerung insgesamt zugänglich zu machen. Vor allem müsse man den Bericht des Genossen Jiang Zemin ausführlich studieren und ihn im Zusammenhang mit den Thesen Deng Xiaopings "einschließlich seiner

wichtigen Reden während seiner Reise in den Süden zu Beginn dieses Jahres" sehen. Ferner müsse man sich darüber klar werden, daß die "grundlegende Zusammenfassung der großen Praxis der letzten 14 Jahre" die "geschichtlichen Beiträge des Genossen Deng Xiaopings" verdeutliche. Die Theorie vom Aufbau des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten sei "ein Erzeugnis der Verschmelzung der grundlegenden Aussagen des Marxismus-Leninismus mit der Wirklichkeit des gegenwärtigen China und den Besonderheiten unserer Zeit sowie ein Erbe und eine Entwicklung des Mao Zedong-Denkens, die Kristallisation der kollektiven Weisheit der gesamten Partei und des Volkes im ganzen Lande und der wertvollste geistige Besitz der KPCh und des chinesischen Volkes."

Das Dokument betont ferner, daß Wachsamkeit gegen rechts nach wie vor notwendig sei, daß jedoch der Kampf gegen links Vorrang habe. Wichtig sei, daß die Bedingungen für die Entwicklung einer sozialistischen Marktwirtschaft erfüllt werden. Voraussetzung hierfür sei ein sorgfältiges Studium der "Hauptaufgaben der Reform und des Aufbaus in den 1990er Jahren". Ferner mache das Material zur "internationalen Lage und unsere Außenpolitik" deutlich, daß die Welt von heute einem deutlichen Wandel unterliege und daß die neue Außenpolitik Chinas dieser neuen Situation voll gerecht werde. Schließlich könne die Partei ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie an ihrer eigenen Festigung weiter arbeite. Grundlage dieser Arbeit sei das Material "Stärkung des Parteaufbaus und Verbesserung der Parteiführung".

Das Studium der Dokumente des XIV. Parteitages müsse in den verschiedenen Provinzen und Örtlichkeiten des Landes unterschiedlich "entsprechend der tatsächlichen Lage in jedem Gebiet, in jeder Abteilung oder Einheit" vorgenommen werden. Kader von der Kreisebene an sollen an "turnusmäßiger Ausbildung und Seminaren in einer zentralisierten Einrichtung teilnehmen, in der sie die Originaltexte der Dokumente intensiv studieren können und ausgedehnte Diskussionen zu Fragen der Theorie und Praxis führen können." Vor allem gehe es darum, veraltete Ansichten und Verhaltensweisen zu überwinden und "andere unrealistische Konzepte abzulegen". Einfache

Innenpolitik

*(8)

Ideologische Veränderungen

Nach Angaben der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua im Anschluß an den XIV. Parteikongreß der KPCh sei es im Verlaufe der letzten 14 Jahre in China zu "bemerkenswerten ideologischen Veränderungen" gekommen. Dies gelte vor allem für solche weltanschaulichen Konzepte, die sich auf die Wirtschaft des Landes bezögen. Im Verlaufe der allmählichen Herausbildung einer Marktwirtschaft sind "damit eng verbundene Konzepte in den Herzen des chinesischen Volkes entstanden". Diese neuen Konzepte und das mit ihnen verbundene Denken hat zu größerer "Kreativität, Offenheit und Wettbewerbsfähigkeit" geführt. Vor allem in sechs Punkten habe es deutliche Veränderungen gegeben. Erstens ist es den Menschen klar geworden, daß man an Stelle der "hochzentralisierten Wirtschaft mit Einheitsplanung und Einheitspreisen" alle Quellen nut-